Das Recht der Ausweisung.

Von Prof. A. v. Drelli in Zürich.

Bei der Sitzung des völkerrechtlichen Instituts in Lausanne im Herbst 1888 bildete auch die Ausweisung von Fremden einen Beratungsgegenstand. Im Jahre vorher in Heidelberg war dieses Thema verschoben worden. In der Zwischenzeit hatte der Generalsekretär, Herr Rolin-Jaquemyns, ein Referat¹⁾ ausgearbeitet; dieses sowohl als einige Vorschläge von Herrn Professor v. Martig wurden den Mitgliedern gedruckt mitgeteilt und von einer Spezialkommission in erster Linie geprüft. Am 8. September wurde die Frage im Schoße der Versammlung diskutiert. Die vorläufig gefaßten Beschlüsse folgen unten in ihrem Wortlaut.

Die Frage, um welche es sich handelt, ist folgende: „Auf welche Weise und innerhalb welcher Grenzen können die Regierungen von dem Recht, Fremde aus dem Lande auszuweisen, Gebrauch machen?“

Rolin betont in erster Linie, daß die Ausweisung zusammenhängt mit der Zulassung oder Nichtzulassung von Fremden in das eigne Staatsgebiet, überhaupt mit der Frage, ob und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen der Aufenthalt Fremden zu gestatten sei.

Das Recht, dies frei zu bestimmen, ist ein Ausfluß der Souveränität; es muß jeder Regierung zustehen; denn die Souveränität involviert die faktische und rechtliche Herrschaft über ein Staatsgebiet mit Ausschluß jeder andern Macht. Sie wäre gefährdet,

¹⁾ Abgedruckt in *Revue de droit international Bruxelles* 1888, tom. XX, p. 498 ff.

wenn es jedem Ausländer gestattet wäre, in einem fremden Land, an das ihn keine staatlichen Bande knüpfen, wo er keine Bürgerpflichten erfüllt, sich niederzulassen und selbst gegen den Willen der Behörden zu treiben, was ihm beliebt, vielleicht sogar schädliche Handlungen zu begehen. Es ist daher durch die ersten Staats- und Völkerrechtslehrer als Prinzip anerkannt, daß das Recht der Ausweisung, weil aus dem Begriff der Souveränität fließend, von jeder Regierung nach ihrem Gutdünken ausgeübt werden könne. Allein jeder der einzelnen Staaten bildet ein Glied der großen Völkerfamilie; er kann und darf sich nicht abschließen. Er würde sich dadurch selbst außerhalb der Rechtsgemeinschaft versetzen. Eine Konsequenz dieses Prinzips ist nun, daß ein Staat nicht unbeschränkt alle Fremden von seinem Gebiet ausschließen oder ohne Unterschied ganze Massen solcher ausweisen darf. In Friedenszeiten nähme eine solche Maßregel den Charakter einer ungerechten und feindlichen Handlungsweise an und könnte nur als Repressalie eine gewisse Berechtigung haben. Selbst im Kriege wäre sie nicht ohne weiteres gerechtfertigt, da der Krieg zwischen der bewaffneten Macht, nicht zwischen den einzelnen Bürgern geführt wird. Ganz abgesehen hiervon hat nach heutigem Völkerrecht jedes Individuum das Recht, zu verlangen, daß es nicht der Gegenstand unnötiger Quälereien sei oder widerrechtlich in seinen Interessen verletzt werde. Das Recht der Ausweisung darf also nicht zum Vorwand von willkürlichen Gewaltmaßnahmen dienen. Dagegen ist es umgekehrt Pflicht jeder Staatsregierung, zu verhindern, daß Fremde von ihrem Aufenthalt einen Mißbrauch machen, um feindselige Akte gegen einen befreundeten Nachbarstaat einzuleiten oder flüchtige Verbrecher ihrer verdienten Strafe zu entziehen. Die Ausweisung kann demnach unter Umständen eine völkerrechtliche Pflicht sein. Die Gründe der Ausweisung sind also für den internationalen Verkehr von maßgebender Bedeutung, und man kann von zulässigen und von ungerechtfertigten Motiven reden. Aber lassen sich die rechtmäßigen Beweggründe aufzählen? Rolin glaubt: nein. Was die Ausführung der Maßregel anbetrifft, so dürfte in der Regel eine Aufforderung, das Land binnen einer bestimmten Frist zu verlassen, genügen, um den Zweck zu erreichen und ein etwas verschiedenes Verfahren am Platze sein gegenüber Fremden, die domiziliert sind, Grundeigentum oder ein Geschäft im Lande besitzen und solchen, die bloß vorübergehend sich im Lande aufhalten. Es steht auch

nichts im Wege, daß, vorausgesetzt, daß das Recht als solches anerkannt sei, die Art der Ausübung desselben durch Staatsverträge geordnet werde, wie dies z. B. zwischen Frankreich und einigen südamerikanischen Staaten der Fall ist. Die Ausweisung ist also staatsrechtlich begründet, völkerrechtlich in gewisse Grenzen gebannt. Diese Gedanken hatte Rolin in bestimmten Thesen formuliert und v. Martitz dazu teils Amendements, teils Zusätze gemacht, welche die Kommission in einen einheitlichen Entwurf zusammenschmolz.

Das Institut adoptierte den prinzipiellen Standpunkt, daß jeder souveräne Staat die Ausweisung regulieren könne, wie ihm gut dünke, sie müsse aber durch ein öffentliches Interesse motiviert sein und sich in gewissen Formen bewegen. Dieser letztere Punkt bildete wesentlich den Gegenstand der Diskussion. Es wurde beschlossen, drei Arten von Ausweisung zu unterscheiden:

1. diejenige aus dringenden Ursachen, d. h. im Falle von Krieg und innern Unruhen. Diese darf nur eine zeitliche sein, also keineswegs von unbestimmter Dauer (s. Art. 3 unten);²⁾
2. die außerordentliche; diese bezieht sich immer auf ganze Klassen von Individuen und kann nur erfolgen kraft eines Gesetzes oder einer Verordnung, die vorher öffentlich bekannt gemacht wurde;
3. die ordentliche; diese findet ihre Anwendung nur auf bestimmte Personen; sie muß mit den gesetzlichen Bestimmungen, auf welche sie sich gründet, dem Betreffenden notifiziert werden und zwar vor der Vollstreckung.

Herr v. Martitz hatte in seinen Thesen diese Motive spezifiziert und wollte als solche nur anerkennen:

- a) das öffentliche Interesse,
- b) Vagabundieren, Bettel und Armut,
- c) kriminelle Bestrafung,
- d) Ausweisung aus polizeilichen Gründen (*expulsion comme mesure de police*).

Dies schien den einen Mitgliedern nicht bestimmt genug, namentlich litt. a) und d); andre wollten lieber auf eine Aufzählung von Gründen verzichten, da man die Regierungen nicht binden könne. Infolgedessen wurde die nähere Prüfung und Festsetzung der speziellen

²⁾ Nach Beendigung des Krieges kann sie umgewandelt werden in 2 oder 3.

Regeln auf die nächste Sitzung verschoben. Die Kommission soll einen vollständigen Entwurf ausarbeiten und dabei auch die Frage der Zulassung von Fremden und den Begriff des Domizils oder bleibenden Aufenthalts in einem fremden Staat in Berücksichtigung ziehen. Das bisher Beschlossene hat also bloß den Charakter einer vorläufigen Erklärung. Der Wortlaut derselben ist nach dem Verhandlungsprotokoll folgender:

Déclaration relative au droit d'expulsion des
étrangers.

L'Institut de droit international,

Considérant que l'expulsion comme l'admission des étrangers est une mesure de haute police, à laquelle aucun État ne peut renoncer, mais qui, selon les circonstances, tombe parfois dans l'oubli et parfois s'impose subitement;

Considérant qu'il peut être utile de formuler d'une manière générale quelques principes constants qui, tout en laissant aux gouvernements les moyens de remplir leur tâche difficile, garantissent à la fois, dans la mesure du possible, la sécurité des États, le droit et la liberté des individus;

Considérant que le vœu de voir reconnaître et consacrer ces principes ne saurait impliquer aucune appréciation d'actes d'expulsion qui auraient eu lieu dans le passé,

Estime que l'admission et l'expulsion des étrangers devraient être soumises à certaines règles et propose, en attendant un projet complet qui pourrait être ultérieurement discuté:

Article premier. — En principe, tout État souverain peut régler l'admission et l'expulsion des étrangers de la manière qu'il juge convenable, mais il est conforme à la foi publique que les étrangers soient avisés au préalable des règles générales que l'État entend suivre dans l'exercice de ce droit.

Art. 2. — En dehors des cas d'urgence, tels que ceux de guerre ou de troubles graves, il y a lieu de distinguer entre l'expulsion ordinaire, s'appliquant à des individus déterminés, et l'expulsion extraordinaire, s'appliquant à des catégories d'individus.

Art. 3. — L'expulsion pour cause d'urgence ne sera que temporaire. Elle n'excédera pas la durée de la guerre ou un délai déterminé d'avance, à l'expiration duquel elle pourra être convertie sans nouveau délai en expulsion ordinaire ou extraordinaire.

Art. 4. — L'expulsion extraordinaire se fera par la loi spéciale ou tout au moins par ordonnance publiée préalablement. L'ordonnance générale devra, avant d'être mise à exécution, être publiée à l'avance dans un délai convenable.

Art. 5. — Pour l'expulsion ordinaire, il faut distinguer, au point de vue des garanties, les individus domiciliés ou ayant un établissement de commerce de ceux qui ne se trouvent dans aucun de ces deux cas.

Art. 6. — La décision prononçant une expulsion ordinaire et indiquant les dispositions, sur lesquelles elle se fonde devra être signifiée à l'intéressé avant d'être mise à exécution.